Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 23. August 2012
Ausgabe 160
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Jubiläums-Broschüre „40 Jahre Olympische Spiele in München“ 2
› „Reconstructing Future” von Dellbrügge & de Moll – eine künstlerische Intervention in der Münchner Innenstadt 3
› Ausstellung von Werken aus dem Kunstunterricht 5
› Computerschulung für Kinder in der Kinder- und Jugendbibliothek 5
› Sommerpause in der Artothek 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› IT und München – Stellen und Kosten II 7
› Erdbeben in München? 14
› Nachgefragt: Salafisten in München 17
› „Trott Élec“ – eine Idee für München? 19
› Sicherheitssituation in den Münchner Kirchengemeinden 21
› Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – was kosten München die erhöhten Leistungen für Asylbewerber? 23
› Nachgefragt: Sozialbetrug durch verschwiegene Vermögenswerte in der Türkei – was unternimmt das Sozialreferat? 25
› Ein Verein im Rampenlicht – das IZAB und die Stadt 27

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **28**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 24. August, 13 Uhr, Hotel Bayerischer Hof (Gelber Salon), Promenadeplatz 2
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte auf der Pressekonferenz des Europäischen Kardiologenkongresses im Bayerischen Hof. Im Anschluss eröffnet er die Informationsveranstaltung „Alles fürs Herz“ auf dem Wittelsbacherplatz. Der Europäische Kardiologenkongress findet bereits zum dritten mal in München statt. Ein breites Begleitprogramm informiert die Öffentlichkeit über wichtige Fragen zur Gesunderhaltung des Herz-Kreislauf-Systems.

Dienstag, 28. August, 11 Uhr, Robinienstraße 4
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Frankenberger im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 30. August, 18.30 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal“, Züricher Straße 35 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

Jubiläums-Broschüre „40 Jahre Olympische Spiele in München“
(24.8.2012) Am 26. August jährt sich ein Ereignis zum 40. Mal, das das Gesicht und die Wahrnehmung Münchens in der Welt geprägt hat, wie kein anderes seit Ende des Zweiten Weltkriegs: die Eröffnung der Olympischen Sommerspiele. Eine Jubiläums-Broschüre im unverwechselbaren Design der Sommerspiele von 1972 lädt nun zu einer Zeitreise durch mehr als vierzig Jahre Münchner Sport- und Stadtgeschichte ein. Auf 44 Seiten zeichnet die Broschüre nach, welchen Einfluss die Spiele auf Ökonomie, Verkehr, Infrastruktur und Tourismus hatten. Zahlreiche Grafiken, Statistiken und

Originalaufnahmen illustrieren den Rückblick, der von der Bewerbung und den damit verbundenen Visionen bis zu den nachhaltigen Entwicklungen reicht, die durch das Sportereignis in München ausgelöst wurden. Die Jubiläumsschrift „40 Jahre Olympische Spiele in München" wurde von der Münchner Agentur Abold konzipiert und gestaltet. Als Herausgeber haben sich die Landeshauptstadt München und der Freistaat Bayern zusammen mit der Olympiapark GmbH, dem Flughafen München, der Lufthansa, der Messe ISPO, der BMW Group, dem Hotel Bayerischer Hof und der Münchner Agentur Abold zum „Team München" formiert. Gemeinsam haben sie die Jubiläumsschrift bei den Olympischen Sommerspielen in London im Rahmen eines Themenabends präsentiert.
Die Broschüre liegt in deutscher und englischer Sprache vor und ist ab Sonntag, 26. August, kostenlos bei den Münchner Touristinformationen im Rathaus (Marienplatz, geöffnet von 9 bis 14 Uhr) und am Hauptbahnhof (Bahnhofsplatz 2, geöffnet von 10 bis 18 Uhr) erhältlich.

„Reconstructing Future" von Dellbrügge & de Moll –
eine künstlerische Intervention in der Münchner Innenstadt

(23.8.2012) Vom 26. August bis 11. September 2012 wird sich das Künstlerduo Dellbrügge & de Moll mit einer künstlerischen Intervention auf die Olympischen Spiele 1972 in München beziehen. 40 Protagonisten werden in zeitgenössischen Interpretationen der damaligen Outfits von André Courrèges, die die Designerin Anna Sophie Howoldt entworfen hat, in der Innenstadt unterwegs sein. Ihre Outfits und ihr Verhalten beziehen sich auf das visuelle Gesamtkonzept der Olympischen Spiele 1972 in München. Sie haben – wie damals – ein Verhaltensrepertoire eingeübt, das Dellbrügge & de Moll gemeinsam mit der Dramaturgin Sara Hilliger choreographiert und einstudiert haben. Mit ihrer Präsenz und ihren Performances erinnern sie an den Zeitgeist von damals. „Reconstructing Future" beschäftigt sich mit dem Wendepunkt im Umgang mit dem öffentlichen Raum, der damit verbunden war. Als „heitere Spiele" konzipiert, sollte ein neues Deutschlandbild geprägt werden. Der Anschlag auf die israelischen Sportler am 5. September 1972 beendete die gelöste Atmosphäre jäh und läutete den Beginn des „Deutschen Herbstes" ein. Dellbrügge & de Moll wollen den kurzen historischen Moment zu Beginn der Spiele wiederbeleben, der ein Fenster in eine mögliche neue Zukunft öffnete und die Vision einer friedlichen Gesellschaft aufzeigte.
Das Projekt von Dellbrügge & de Moll überzeugte den städtischen Programmbeirat für Kunst im öffentlichen Raum, der 263 internationale Einreichungen zum Thema "Aspekte der Gestaltung und des Designs im öffentlichen Raum" gesichtet hatte. Für die Realisierung ihres Kunstkonzepts er-

halten Dellbrügge & de Moll eine städtische Förderung in Höhe von 80.000 Euro. Die beiden sind außerdem im August und September in das städtische Künstlerhaus Villa Waldberta in Feldafing eingeladen, um ihr Projekt vor Ort vorbereiten und die Durchführung persönlich begleiten zu können. Der Auftakt von „Reconstructing Future" ist am 26. August um 15 Uhr am Marienplatz. Alle weiteren Plätze, Routen und der Zeitplan sind unter *www.reconstructingfuture.de* abrufbar. Vom 1. bis 11. September hat das Projekt seine Basisstation im MaximiliansForum, Passage für interdisziplinäre Kunst, Unterführung Maximilianstraße / Altstadtring.
Neben „Reconstructing Future" wurde auch „Replika", das aktuell im Münchner Hofgarten stattfindende Kunstprojekt von Ayzit Bostan und Gerhardt Kellermann, vom Programmbeirat für Kunst im öffentlichen Raum ausgewählt. „Im Sommer laden zwei ganz unterschiedliche Kunstprojekte im öffentlichen Raum zur Auseinandersetzung mit der Stadt München ein. Beide haben eine internationale Dimension – Reconstructing Future arbeitet mit der Idee der 'Weltstadt mit Herz' und überführt sie in die heutige Zeit. Replika bezieht sich auf die Bezeichung 'nördlichste Stadt Italiens', mit der München ebenfalls charakterisiert wird. Was München heute ist, verhandeln wir mit diesen und weiteren Projekten im Stadtraum", so Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München.

Kunst im öffentlichen Raum – ein Programm der Landeshauptstadt München

Die Stadt München investiert 1,5 Prozent ihres kommunalen Bauvolumens in Kunst. Dahinter steckt das Bewusstsein, dass Kunst und Kreativität wichtige Elemente des urbanen Lebens sind, den Stadtraum positiv prägen können und zur Lebensqualität beitragen. Münchens Stadtrat hat sich dafür entschieden, die Hälfte des Budgets projektbezogen für Kunst im öffentlichen Raum zu verwenden. Insgesamt stehen dem Kulturreferat zwischen 600.000 Euro und 800.000 Euro pro Jahr für temporäre Kunstwerke im Stadtraum zur Verfügung. Die andere Hälfte fließt in Kunst am Bau (QUIVID) und wird vom städtischen Baureferat betreut.

Weitere Kunstprojekte im öffentlichen Raum

- „Replika" – ein Kunstprojekt von Ayzit Bostan und Gerhardt Kellermann (München), Hofgarten München, noch bis 21. Oktober 2012
- „Top View 29,53 ft." – eine Installation von Nevin Aladag und Beate Engl (Berlin, München), München, am Rindermarkt, 13. bis 23. September 2012
- „A space called public / Hoffentlich öffentlich" – Reihe von Elmgreen & Dragset (London/Berlin), zentral gelegene Plätze in München, Herbst 2012 bis Mitte 2013

Laufende Ausschreibung
„Erkundungen / Orte – Plätze – Räume". Ausschreibung für temporäre Kunstprojekte im öffentlichen Raum 2013, Einsendeschluss:
30. November 2012.
Alle Informationen unter *www.muenchen.de/kunst* in der Rubrik Kunstprojekte im öffentlichen Raum.

Ausstellung von Werken aus dem Kunstunterricht
(23.8.2012) Noch bis zum 9. November, Montag bis Freitag, 9 bis19 Uhr, zeigt das Referat für Bildung und Sport im Eingangsbereich seines Verwaltungsgebäudes, Bayerstraße 28, Werke von Schülerinnen und Schülern aus dem Kunstunterricht. Schülerinnen und Schüler von 21 Schulen – von der Grundschule bis zum Gymnasium – haben sich in vielfältigsten Herangehensweisen und Bezügen mit dem Thema „Essen und Trinken" beschäftigt. Die Ausstellung zeigt zahlreiche Exponate, die unterschiedlichen künstlerischen Interpretationen zuzurechnen sind. Bemerkenswert ist dabei die Vielfalt in den gezeigten künstlerischen Konzepten, Strategien und Techniken: von Verfremdungen und Übermalungen, kreativen Umdeutungen von Objekten und fotografischen Narrationen bis hin zu Kartonmodellen. Aber auch die klassischen Disziplinen wie Malerei, Zeichnung und Skulptur kommen nicht zu kurz. Es finden sich expressive und futuristische Bilder und auch akribisch naturalistische Motive, deren handwerkliche Umsetzung überzeugt. Die Bilder, Installationen und Plastiken waren bereits von Februar bis März im Rahmen des Kunstfestivals 2012 der Münchner Schulen in der Pasinger Fabrik zu sehen, das im zweijährigen Rhythmus vom Referat für Bildung und Sport organisiert und durchgeführt wird.

Computerschulung für Kinder in der Kinder- und Jugendbibliothek
(23.8.2012) Von 27. bis 30. August, 10.30 Uhr bis 13 Uhr, können Kinder von sechs bis acht Jahren eine kostenlose Computerschulung in der Kinder- und Jugendbibliothek der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig mitmachen. Den Kindern soll in den vier Tagen auf spielerische Weise ein erster Einstieg in die Computerwelt ermöglicht werden. Sie lernen die einzelnen Teile eines Computers zu benennen, die Unterscheidung zwischen Hardware und Software, sie erfahren, was Arbeitsplatz, Datei und Ordner am Computer bedeuten und machen praktische Übungen. Fürs Durchhalten gibt es am Ende den „Junior-Comp@ss".
Kontakt für Anmeldung oder Rückfragen: Friederike Schmidhuber, Kinder- und Jugendbibliothek Am Gasteig, Telefon 4 80 98-33 38, E-Mail friederike.schmidhuber@muenchen.de oder persönlich in der Kinder- und Jugendbibliothek, Rosenheimer Straße 5. Weitere Informationen unter: *www.muenchner-stadtbibliothek.de*.

Sommerpause in der Artothek

(23.8.2012) Die Artothek, die städtische Bildleihstelle im Rosental 16, macht eine kleine Sommerpause. Sie ist vom Donnerstag, 30. August, bis einschließlich Samstag, 1. September, geschlossen. Am Mittwoch, den 5. September, ist sie wieder ganz regulär geöffnet. Leihexponate, deren Rückgabetermin in den Schließungszeitraum fällt, können in der Woche ab Mittwoch, 5. September, zurückgebracht oder verlängert werden.
Die Dia- und Sound-Installation von Maria und Neda Ploskow „Dinge, die die Welt erklären" ist am Mittwoch, 29. August, letztmalig in den Räumen zu besichtigen.
Die Artothek & Bildersaal, ist zu den regulären Zeiten am Mittwoch und Freitag von 14 bis 18 Uhr, am Donnerstag von 14 bis 19.30 Uhr und am Samstag von 9 bis 13 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.
Nähere Informationen unter: *www.muenchen.de/artothek*.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 23. August 2012

IT und München – Stellen und Kosten II
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 22.6.2012

Antwort Personal- und Organisationsreferat:

Auf Ihre Anfrage vom 22.06.2012 nehme ich Bezug und bedanke mich zunächst für die gewährte Terminverlängerung und bitte um Verständnis für die längere Bearbeitungszeit.

Sie haben folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Durch das Projekt MIT-KonkreT wurde unter anderem der neue Eigenbetrieb it@M aus der Kernverwaltung ausgegliedert. Aber auch alte IT Strukturen in der Stadtverwaltung wurden reorganisiert. Gerade vor dem Hintergrund steigender finanzieller Belastung des kommunalen Haushaltes, muss sich dieses Projekt an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit messen lassen.

Die Beantwortung Ihrer Anfrage „IT und München – Stellen und Kosten vom 06.12.2011" vom 07.03.2012 hat eine ganze Reihe neuer Fragen aufgeworfen."

Frage 1:
In der Beantwortung meiner Anfrage führen Sie aus, dass mit dem Beschluss vom 27.7.2005 fünf Stellen mit einer Befristung von fünf Jahren geschaffen wurden. Tatsächlich wurden aber nur vier Stellen mit einer Befristung von vier Jahren und eine Stelle mit einer Befristung von 1 ½ Jahren genehmigt.

a) Wie erklärt sich dieser Unterschied?

Antwort:
Tatsächlich wurden auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 27.07.2005 (Antragsziffer 8) beim Direktorium, HA III insgesamt 4,0 VZÄ befristet auf vier Jahre geschaffen. Gemäß Antragsziffer 9 des o. g. Beschlusses wurde zudem eine weitere Stelle für das Projektbüro befristet auf 1,5 Jahre eingerichtet. Die in der Beantwortung vom 07.03.2012 ge-

nannte Zahl von 5 Stellen ist richtig. Die abweichende Dauer der Befristung beruht auf einem Fehler beim Datenaustausch. Ich bitte dies zu entschuldigen.

b) Wie wurden diese Stellen dann tatsächlich besetzt?

Antwort:

	eingerichtet mit Wirkung vom	besetzt zum
Stelle V202720	01.01.06	01.01.06
Stelle V202721	01.01.06	02.01.06
Stelle V202871	01.07.06	01.09.06
Stelle V202872	01.07.06	01.08.06
Stelle B106707	01.03.06	06.03.06

c) Wer hat ggf. die Ausweitung genehmigt?

Antwort:
Es hat keine Ausweitung stattgefunden (siehe Antwort zu Buchstabe a).

Frage 2:
Die Stabsstelle MIT-KonkreT hatte Ende 2008 acht genehmigte Stellen (Vollzeitäquivalente = VZÄ).

a) Wie erklärt sich, dass die Stabsstelle MIT-KonkreT zum Ende 2008 insgesamt 11 Beschäftigte hatte?
b) Wurden ggf. 3 VZÄ geschaffen?
c) Durch welchen Beschluss des Stadtrats wurde diese Ausweitung legitimiert?

Antwort:
Mit Beschluss vom 27.07.2005 (siehe Frage 1) wurden vier auf vier Jahre befristete Stellen eingerichtet. Diese wurden gemäß Stadtratsbeschluss vom 04.10.2007 (Antragsziffer 11) um weitere vier Jahre verlängert. Darüber hinaus wurde mit diesem Beschluss über die Zuschaltung von acht weiteren auf fünf Jahre befristeten VZÄ für das Projektkernteam entschieden, wobei diese bis zum Jahresende 2008 nicht alle abgerufen worden sind.
Daher waren zum Jahresende 2008 für die Stabsstelle MIT-KonkreT zwar insgesamt 12 VZÄ vom Stadtrat genehmigt, tatsächlich jedoch 11 VZÄ vorgetragen.
Eine über die Beschlussfassung hinausgehende Ausweitung hat demnach nicht stattgefunden.

Frage 3:
Im Zuständigkeitsbereich des POR wurden bei der Abteilung Personalentwicklung (P 5) eine neue Unterabteilung (P 5.5) eingerichtet. Ihre Aufgabe ist die zentrale Personalbesetzung für den IT Bereich, welcher ja jetzt im Eigenbetrieb ausgelagert ist.

Vorbemerkung:
Der Aufgabenbereich von P 5.5 umfasst nicht nur die Personalauswahl und -besetzung, sondern auch die Entwicklung von Konzepten für die Personalentwicklung, die Personalgewinnung, den Personalerhalt (z. B. die IT-Zulage), die Qualifizierung und das Marketing. Darüber hinaus sei angemerkt, dass der IT-Bereich nicht allein in den Eigenbetrieb ausgelagert ist. Dem Prinzip der 3 Häuser folgend, finden Sie auch in den dIKAs der Referate/Eigenbetriebe und im Direktorium (HA III - STRAC) IT-Stellen und IT-Schaffende.

a) Welche Kosten haben diese Stellen verursacht?

Antwort:
Die Unterabteilung P 5.5 wurde zum 15.11.2009 eingerichtet. Seit diesem Zeitpunkt sind bis einschließlich 30.06.2012 Personalkosten in Höhe von 1.070.948 Euro angefallen.

b) Wurden diese Kosten beim POR veranschlagt oder auf das MIT-KonkreT Projekt angerechnet?

Antwort:
Die Kosten gehen zu Lasten des Programms MIT-KonkreT. Grundlage hierfür war der Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/ V 02551). Die Finanzierung erfolgt über Zerlegung der Kosten auf die Kostenstelle 11331006 (MIT-KonkreT POR).

c) Wird weiter daran festgehalten das IT Personal durch das POR auszuwählen oder macht dies in Zukunft der Eigenbetrieb selbst?

Antwort:
Das IT-Personal für alle 3 Häuser wird auch künftig zentral durch das Personal- und Organisationsreferat ausgewählt.

Frage 4:
Ebenso wurde eine Sonderarbeitsgruppe MIT-KonkreT (POR P 2.202) in der Abteilung Personalbetreuung, Stellenwirtschaft (P 2) mit vier Stellen eingerichtet.

a) In welchen Fällen trifft es zu, dass die Stellen bei P 2 und P 5 durch Querversetzungen besetzt wurden?

Antwort:
Im Zeitraum zwischen dem 01.09.2009 und dem 31.12.2011 standen in den Abteilungen P 2 und P 5 insgesamt 47 Stellen und Planstellen zur Nachbesetzung an. Davon wurden 25 ausgeschrieben, 9 wurden mit Berufsrückkehrerinnen bzw. Berufsrückkehrern besetzt, 9 mit Prüfungsabgängerinnen und Prüfungsabgängern, 2 mit Dispositionsfällen und 2 im Wege direkter Besetzung.

b) Wurden diese Stellen ausgeschrieben?

Antwort:
Zum 01.09.2009 wurde bei P 2 die Sonderarbeitsgruppe MIT-KonkreT (korrektes Kürzel: P 2.201) eingerichtet. Aufgrund der Bedeutung des Programms MIT-KonkreT, der damit verbundenen besonderen Anforderungen und der Eilbedürftigkeit der Themenbearbeitung konnten mit der Aufgabenerledigung nur erfahrene Organisationssachbearbeiter/innen betraut werden. Diese wurden mit ihren Stellen (3,12 VZÄ) aus der Unterabteilung P 2.2 in den Dienststellenbereich der Sonderarbeitsgruppe MIT-KonkreT (P 2.201) transferiert. Die Stelle der Sonderarbeitsgruppenleitung (0,63 VZÄ) wurde neu geschaffen. Auch mit dieser Funktion wurde eine erfahrene Organisationssachbearbeiterin betraut.

c) Ist es üblich, dass auch andere Referate solche Querversetzungen intern vornehmen, oder müssen diese auf Verlangen des POR eine Ausschreibung vornehmen?

Antwort:
In vergleichbaren Fällen wird auch in anderen Referaten so verfahren.

d) Welche dieser Stellen wurden nach einem Jahr angehoben?

Antwort:
Aufgrund der Fragestellung wäre hier nur die neu geschaffene Stelle der Sonderarbeitsgruppenleiterin zu erwähnen, die tatsächlich ***nach*** einem Jahr gehoben wurde. Der Vollständigkeit halber möchte ich darauf hinweisen, dass ***vor*** Ablauf eines Jahres auch drei Sachbearbeiterpositionen gehoben werden konnten.

e) Welcher Stadtratsbeschluss/welche Legitimation liegt dem zu Grunde?

Antwort:
Die Stellenbewertung ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung und obliegt dem Oberbürgermeister, der sie auf mich delegiert hat.
Auf Grund seiner Größe, Komplexität und den sich für die Landeshauptstadt München ergebenden Konsequenzen ist das Programm MIT-KonkreT stadtweit von herausragender Bedeutung. Ein interkommunaler Vergleich bestätigt diese Einschätzung. Mit der zu bearbeitenden personalwirtschaftlichen Materie betritt auch das Personal- und Organisationsreferat Neuland, das mit dem vorhandenen Know-How erfahrener Dienstkräfte innovativ, kreativ und eigenständig zu bearbeiten ist. Insofern kommt der Arbeit der Sonderarbeitsgruppe besondere Bedeutung zu. Die Würdigung der mit der speziellen Tätigkeit verbundenen bewertungsrelevanten Merkmale wie erforderliche Fachkenntnisse, dienstliche Beziehungen, Selbständigkeit, Verantwortung und Erfahrung führte zu einer entsprechenden, sachgerechten Bewertung der oben genannten Stellen.

Frage 5:
Sie führen aus, dass bereits 11 Stellen aus der Grafik 2 Ihrer Antwort abgebaut wurden.

a) Wo wurden diese konkret abgebaut?

Antwort:
Die Stellen wurde bei der Stabsstelle MIT-KonkreT (Projektkernteam) abgebaut. Dies geschah bei den Stellen Nr. V202871, Nr. B402700, Nr. B402702, Nr. B402703, Nr. B404843 und Nr. V408479 durch Stelleneinzug. Die Stellen Nr. B113941, Nr. B406840, Nr. B402704, Nr. B405583 und Nr. B406841 wurden nach Wegfall der mit diesen Positionen verbundenen Projektaufgaben im Rahmen der IT-Neuorganisation mit neuen Aufgaben bei D-III (STRAC) versehen und werden nicht mehr aus Projektmitteln, sondern aus dem Budget des Direktoriums finanziert.

b) Trifft es zu, dass die in Tabelle 2 Ihrer Antwort aufgeführten befristeten Stellen mittlerweile entfristet sind?

Antwort:
Ja.

c) Welche zusätzlichen Kosten kommen damit auf das Projekt zu?

Antwort:
Keine.

d) Welcher Stadtratsbeschluss/welche Legitimation liegt dieser Maßnahme zu Grunde?

Antwort:
Am 10.03.2008 wurde zwischen dem Direktorium, dem Baureferat und dem Personal- und Organisationsreferat eine Finanzierungsvereinbarung zur Entfristung der Stellen für das Programm MIT-KonkreT geschlossen, damit für die Stellen im Programm MIT-KonkreT gut qualifiziertes Personal gewonnen bzw. erhalten und den betroffenen Personen attraktive Personalentwicklungsmöglichkeiten geboten werden können, d. h. nach Ablauf der Finanzierung durch MIT-KonkreT werden die Stellen aus den jeweiligen Referatsbudgets finanziert, so dass mit dieser Maßnahme keine weiteren Kosten für das Projekt verbunden sind.

Frage 6:
Welche Stellenhebungen erfolgten in der Jahren 2010 und 2011 vor Auslagerung in den Eigenbetrieb it@M?

Antwort:
Im IT-Bereich wurden in den Jahren 2010 und 2011 von den zum Stichtag 01.01.2010 vorhandenen 1.071 Stellen insgesamt 99 Stellen gehoben.

a) Welche Stellen sind davon in den Eigenbetrieb übergegangen und welche im Hoheitshaushalt verblieben?

Antwort:
Von diesen 99 Stellen sind 41 Stellen in den Eigenbetrieb übergegangen und 58 Stellen im Hoheitsbereich verblieben.

b) Welcher Stadtratsbeschluss/welche Legitimation liegt dieser Maßnahme zu Grunde?

Antwort:
Die Stellenbewertung ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung und obliegt dem Oberbürgermeister, der sie auf mich delegiert hat.

Erdbeben in München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 23.7.2012

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 23.07.2012 führen Sie als Begründung aus:

„Laut Bericht des Münchner Merkur vom 19.07.2012 „bebt München für die Erdwärme".
Der Versuch, Standorte für neue Geothermie-Anlagen zu finden ist vor dem Hintergrund der absoluten Notwendigkeit, dauerhaft auf alternative Energien zu setzen grundsätzlich löblich und zu begrüßen. Dennoch hat der Bürger ein Recht darauf zu wissen, mit welchen Konsequenzen er bei bestimmten Aktionen gegebenenfalls rechnen muss."

Anhand der Stellungnahmen der SWM Services GmbH und des Referats für Gesundheit und Umwelt können Ihre Frage wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse liegen der Stadt über das mögliche Gefährdungspotenzial von Geothermiebohrungen und insbesondere Heißwasserentnahmen vor?
a) Welche Erkenntnisse liegen der Stadt vor über konkrete Schäden, die mit Geothermiebohrungen bzw. mit Heißwasserentnahmen in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden?

Antwort:
Im Bayerischen Molassebecken befinden sich zur Zeit zwölf Tiefengeothermieanlagen in Betrieb, die das Heißwasserreservoir des Malm-Kalk nutzen. Einige dieser Anlagen sind seit über zehn Jahren in Betrieb, etwa die Geothermieanlage in Erding seit 1998, Straubing seit 1999 und Simbach seit 2001. Auch die Stadtwerke München betreiben in Riem seit 2004 eine derartige Geothermieanlage ohne dass es bei einer dieser Anlagen je zu konkreten Schäden im Zusammenhang mit den Bohrungen oder der Heißwasserentnahme gekommen ist. Dieses erfolgreiche Prinzip wollen die Stadtwerke München weiterhin nutzen.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) wurde in das bergrechtliche Genehmigungsverfahren für die Geothermieanlage in München Riem

als Untere Wasserrechtsbehörde miteingebunden und hat diese positiv bewertet. Da das RGU weder Genehmigungsbehörde (Regierung von Oberbayern – Bergamt Südbayern) noch Überwachungsbehörde (Wasserwirtschaftsbehörden) für dieses Verfahren ist, liegen ihm keine aussagekräftigen Erfahrungswerte über mögliche Gefährdungspotentiale vor. Fachlich begleitet werden die Tiefengeothermiebohrungen für ganz Bayern vom Landesamt für Umweltschutz

Erkenntnisse über Schäden, die auf Münchner Verhältnisse übertragbar sind, liegen dem RGU nicht vor.

Frage 2:
Kann die Stadt garantieren, dass bei der Entnahme von heißem Wasser keine Schäden z.B. durch Beben entstehen?

Antwort:
Aufgrund der vorgenannten Erfahrungen gibt es derzeit keinen Anlass zur Annahme, dass durch Tiefengeothermieanlagen im Bayerischen Molassebecken derartige Schäden entstehen.

Frage 3:
Wer haftet bei etwaigen Schäden?

Antwort:
Für etwaige Schäden haftet der jeweilige Betreiber der Geothermieanlage. Etwaige Schäden durch die Stadtwerke München sind durch deren Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Frage 4:
Was geschieht konkret mit dem entnommenen Wasser?
a) Sind mögliche, bei dem Wärmetauschprozess entstehende Verunreinigungen des zurückfließenden Wassers umweltschädlich?

Antwort:
Das geförderte Thermalwasser wird in einem geschlossenen System geführt und nach der Wärmeentnahme im Wärmetauscher wieder unverändert in den Untergrund zurückgeführt. Durch die technische Trennung der Wasserkreisläufe, die auch durch wasserrechtliche Auflagen gefordert wird, wird sichergestellt, dass keine umweltschädlichen Verunreinigungen in das Thermalwasser eindringen. Bei Leckagen ist zur Sicherheit von Verunreinigungen eine Abschaltung des Systems vorgeschrieben (z. B. im Bescheid für die Anlage in Riem).

Frage 5:
Welche Erkenntnisse liegen der Stadt über die Wirtschaftlichkeit des in dem Pressebericht erwähnten Geothermieprojekts Sauerlach vor?

Antwort:
Die Investitionsentscheidung für das Geothermieprojekt Sauerlach wurde von der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH auf Grundlage einer positiven Wirtschaftlichkeit getroffen.

Ich hoffe, dass ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Nachgefragt: Salafisten in München
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.6.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 18.06.2012 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Eine fristgerechte Erledigung Ihrer Anfrage war wegen der Vielzahl der fristgebundenen Angelegenheiten nicht möglich.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Im Gefolge der jüngsten Koranverteilungen in deutschen Städten, eines Vereinsverbotes und einer bundesweiten Razzia letzte Woche, bei der 70 Objekte in sieben Bundesländern durchsucht wurden – darunter eines in München –, wächst die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die radikalislamische Salafistensekte. Der bayerische Innenminister Herrmann wird vor dem Hintergrund der jüngsten Razzia in Medienberichten mit den Worten zitiert: „Salafisten sind islamistische Radikale, deren gefährliche Intoleranz wir nicht hinnehmen dürfen." (Quelle: http://www.br.de/polizeireport/inhalt/muenchen/polizei-razzia-salafisten100.html). Vor dieser Kulisse stellen sich Fragen."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Inwieweit kann die Stadt – entweder anhand eigener Beobachtungen durch das Kreisverwaltungsreferat oder unter Bezugnahme auf Quellen wie den Verfassungsschutz – bestätigen, daß das Salafistenpotential in der LHM derzeit rund 900-1000 Personen umfaßt, wie das islamkritische Internetportal „Politically Incorrect" kürzlich auf der Grundlage eigener Beobachtungen mitteilte (http://www.pinews.net/2012/06/munchen-1000-moslems-in-salafisten-moschee/)?

Antwort:
Dem Kreisverwaltungsreferat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Frage 2:
Inwieweit beabsichtigt die Stadt, angesichts der vom bayerischen Innenministerium bei verschiedener Gelegenheit unterstrichenen Gefährlichkeit

der Salafisten („gefährliche Intoleranz") ihre eigene Aufklärungs- und Informationstätigkeit zu forcieren, etwa analog zur Information über andere extremistische Bestrebungen in der LHM? Wer ist ggf. Träger dieser Aufklärung über salafistische Umtriebe in der LHM?

Antwort:
Aus Sicht des Kreisverwaltungsreferates besteht zu diesem Thema momentan kein Handlungsbedarf.

„Trott Élec" – eine Idee für München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.7.2012

Antwort Baureferat:

In Ihrer Anfrage vom 02.07.2012 führen Sie Folgendes aus:

„Im französischen Toulouse wird seit geraumer Zeit mit einer bemerkenswerten Methode Energie gewonnen. Über in den Bürgersteig eingelassene Miniaturgeneratoren, die von Passanten betreten werden und den Druck des Schrittes in elektrische Energie umwandeln, wird dabei mit einem System, das sich „Trott Élec" nennt, Strom erzeugt. Auf der in Toulouse vorhandenen acht Meter langen Versuchsstrecke kann eine einzige Person immerhin 50 Watt für die öffentliche Beleuchtung erlaufen (mitgeteilt in: Journal „Lebendige Stadt", Nr. 24/Juni 2012, S.26f.). „Trott Élec" hätte das Zeug zur idealen Ergänzung einer „intelligenten", bürgernahen Stromversorgung".

Bevor die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen beantwortet werden, ist zunächst auf Folgendes hinzuweisen:

Nach Recherche handelt es sich hier um ein Pilotprojekt der Technischen Universität Toulouse aus dem Jahr 2011. Bisher liegen keine Ergebnisse vor, welche den kommerziellen Einsatz entsprechender Technologien möglich machen würden. Die Aussagen über die erzeugbare Leistung schwanken zwischen ein paar Watt pro Schritt bis 60 Watt pro Mensch. Der technisch nicht ausgereifte Prototyp stammt aus dem Diskothekenbereich. Hier sind in der Tanzfläche elektromechanische Platten eingebaut, die die Bewegungsenergie der Tanzenden als Energiequelle für Lichteffekte auf der Tanzfläche nutzen. Die Landeshauptstadt München betreibt keine derartigen Versuchsanlagen. Außerdem wird der technische Ansatz in Fachkreisen als wenig erfolgversprechend eingeschätzt.

Frage 1:
Inwieweit ist das System „Trott Élec" – eventuell auch unter anderem Namen – der Stadtverwaltung bekannt? Beschäftigten sich Dienststellen der Stadt bereits mit dem System? Ggf. mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Siehe Ausführungen im Vorspann.

Frage 2:
Inwieweit hielte die LHM „Trott Élec“ auch in München für praktikabel?

Antwort:
Siehe Ausführungen im Vorspann.

Frage 3:
Unter welchen Bedingungen oder mit welcher Zielvorgabe wäre die LHM bereit, entweder selbst eine kurze Versuchsstrecke auf einem vielbegangenen Stück Münchner Bürgersteig einzurichten oder sich zumindest eingehender mit den Erfahrungen in Toulouse auseinanderzusetzen?

Antwort:
Die Realisierung einer Versuchsstrecke bei der LHM wäre denkbar, wenn die Systeme technisch ausgereift sind, eine Wirtschaftlichkeit erkennbar sowie die Barrierefreiheit gewährleistet ist.

Frage 4:
„Trott Élec“ wird auch in anderen Städten erprobt oder zumindest in Planungen einbezogen: z. B. für U-Bahn-Treppen in London oder ein „Fußgängerkraftwerk“ in Bern. Inwieweit hat die LHM von diesen Planungen nähere Kenntnis oder beabsichtigt, sich mit ihnen zu beschäftigen (etwa im Zusammenhang mit den Rolltreppen im Münchner U- und S-Bahn-Untergrund)?

Antwort:
Aufgrund der Ausführungen im Vorspann sind z. Zt. keine weiteren Recherchen zielführend.

Sicherheitssituation in den Münchner Kirchengemeinden
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.7.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 10.07.2012 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Vor Jahresfrist sorgten Medienberichte über akute Belästigungen von Kirchenbesuchern in der Gemeinde St. Georg (Milbertshofen) durch Jugendbanden für ein erhebliches Echo. Über die Vorfälle hatte unter anderem das BR-Magazin „quer" berichtet. Dank des verstärkten Einsatzes von „Streetworkern" und Polizei entspannte sich die Situation in St. Georg in der darauffolgenden Zeit wieder merklich, was auch die Antwort der Stadt auf eine diesbezügliche Anfrage des Fragestellers vom Dezember 2011 dokumentiert. Gleichwohl bleiben Fragen."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Inwieweit wurden Münchner Kirchen, aber auch Gebetsstätten anderer Konfessionen im zurückliegenden Jahr – konkret: seit 01.07.2011 – Ziele von Vandalismus? In wie vielen Fällen wandten sich die Gemeindeleitungen ggf. an Polizei und Öffentlichkeit?

Frage 2:
In welchem Umfang gab es seit der Befriedung der Situation in St. Georg in weiteren Münchner Kirchengemeinden ggf. Fälle von Belästigungen des Kirchenpersonals und/oder von Kirchenbesuchern durch örtliche Jugendbanden?

Frage 3:
In welchem Umfang wurden Münchner Kirchen seit dem 01.07.2011 Opfer von Diebstahl (z. B. von Inventar) oder Einbruch?

Antwort zu Frage 1 bis 3:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München und der Münchner Kirchengemeinden fallen.

Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München bzw. durch die Münchner Kirchengemeinden vorgenommen werden.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – was kosten München die erhöhten Leistungen für Asylbewerber?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.7.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer o.g. Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst entschieden, dass die Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unzureichend sei und deshalb signifikant erhöht werden müsse. Betroffen von der Neuregelung sind deutschlandweit nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 130.000 Menschen (Stand: Ende 2010). Der Deutsche Landkreistag rechnet nach dem Urteil mit Mehrkosten für die Kommunen von bis zu 130 Millionen Euro im Jahr. – Es ergeben sich Fragen nach den auf die LHM zukommenden Kosten."

Zu Ihrer Anfrage vom 24.07.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Personen haben derzeit (bitte möglichst aktueller Stand) in München Anspruch auf Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?

Antwort:
Zum 30.06.2012 haben 2.273 Menschen Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beansprucht.

Frage 2:
Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in welcher Höhe beziehen diese Personen derzeit monatlich in der LHM?

Antwort:
Derzeit erhält ein nach AsylbLG leistungsberechtigter Haushaltsvorstand in einer staatlichen Gemeinschaftsunterkunft ein Taschengeld in Höhe von 40,90 Euro, in einer Wohnung in Höhe von 224,97 Euro monatlich.

Frage 3:
Mehrkosten in welcher Höhe kommen im Gefolge des erhöhten Leistungssatzes von künftig regulär 336 Euro monatlich voraussichtlich auf die LHM zu?

Antwort:
Keine.

Nachgefragt: Sozialbetrug durch verschwiegene Vermögenswerte in der Türkei – was unternimmt das Sozialreferat?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.7.2012

Antwort Sozialreferat:

In Ihrer Anfrage vom 25.07.2012 führen Sie Folgendes aus:

„In der Antwort des Sozialreferats auf eine Stadtrats-Anfrage des Fragestellers vom 24.05.2012 wird erläutert, in welcher Weise stadtseitig dem mißbräuchlichen Bezug von Sozialhilfe durch ausländische Besitzer von Immobilien vorgebeugt bzw. begegnet wird. Es bleiben allerdings Fragen offen."

Zu Ihrer Anfrage vom 25.07.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
In der Antwort des Sozialreferats auf die Frage, in wie vielen Fällen ausländische Bezieher von Sozialhilfe die gesetzlich vorgeschriebene Veräußerung von Immobilienbesitz im Heimatland den Münchner Sozialbehörden angezeigt haben, heißt es: „Die Zahl kann nicht beziffert werden (...).
So wird im Falle, dass eine sofortige Verwertung [des Immobilienbesitzes in der Heimat; KR] nicht möglich ist, weil sich dies z.B. wegen komplizierter Eigentumsverhältnisse wie Mieteigentum schwierig gestaltet, für eine kurze Zeit Sozialhilfe als Darlehen gezahlt."
Die Frage stellt sich: haben während des angefragten Zeitraums – seit 2005 – überhaupt erkennbar Nicht-EU-Ausländer ihren Immobilienbesitz im Heimatland bzw. seine Veräußerung den Münchner Sozialbehörden angezeigt? Wenn nicht das Münchner Sozialreferat, welche Stelle könnte dann ggf. Auskunft über die Zahl der ordnungsgemäß angezeigten Fälle von gesetzlich vorgeschriebener Veräußerung von Immobilienbesitz im Heimatland geben?

Antwort:
Diese Vorgänge werden statistisch nicht erfasst; insoweit kann keine Stelle hierüber Auskunft erteilen.

Frage 2:
Auf die Frage nach stichprobenartigen Überprüfungen heißt es in der Antwort des Sozialreferats: „Das Sozialreferat überprüft bereits jetzt regelmä-

ßig die Einzelfälle. Verdachtsfällen und anonymen Anzeigen wird nachgegangen." Nachfrage: konnten dabei für den angefragten Zeitraum – seit 2005 – überhaupt erkennbar Erfolge erzielt werden? Etwa in welchem Umfang?

Antwort:
Verdachtsfälle und anonyme Anzeigen werden statistisch nicht erfasst.

Frage 3:
Wurden – im Fall etwa nachgewiesener Mißbrauchsfälle – Rückforderungen mißbräuchlich bezogener Sozialhilfe wegen nicht veräußerten Immobilienbesitzes im Heimatland von der LHM geltend gemacht? In welcher Größenordnung etwa (seit 2005)?

Antwort:
Diese Vorgänge werden statistisch nicht erfasst.

Frage 4:
Wenn auch hierüber keine Statistik, Strichliste o.ä. geführt wurde: in welchem Umfang ungefähr wurde im nachgefragten Zeitraum von den Münchner Sozialbehörden Verdachtsfällen und anonymen Anzeigen nachgegangen?

Antwort:
Da diese Fälle statistisch nicht erfasst werden, ist eine seriöse Schätzung nicht möglich.

Ein Verein im Rampenlicht – das IZAB und die Stadt
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.8.2012

Antwort Sozialreferat:

In Ihrer Anfrage vom 02.08.2012 führen Sie Folgendes aus:

„Nachdem das „Islamische Zentrum der Exil-Afghanen in Bayern e.V." (IZAB) in der Neumarkter Straße schon seit Herbst letzten Jahres immer wieder durch vereinsinterne Querelen für Aufmerksamkeit sorgte, eskalierte die Lage dieser Tage. Am Montag, 30.07., kam es in den Räumlichkeiten des Vereins zu einer Massenschlägerei, bei der Berichten der Lokalmedien zufolge sechs Personen verletzt wurden. Einem Mann wurde sogar ein Ohr abgebissen. – Der solcherart ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geratene Verein legt Fragen nahe."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.08.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
In welcher Höhe wird der Verein „Islamisches Zentrum der Exil-Afghanen in Bayern e.V." ggf. von der Stadt München bezuschußt? Wofür?

Antwort:
Der Verein wird nicht bezuschusst.

Frage 2:
Der Verein wurde 1991 gegründet – seit wann wird er ggf. von der Stadt München bezuschusst? (Städtische Zuwendungen bitte jahrweise aufführen!)

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Unter welcher Produktnummer findet sich die städtische Bezuschussung ggf. im Haushalt der Stadt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 23. August 2012

Corneliusbrücke – Zustand der Insel
Anfrage Stadträte Richard Quaas und Georg Schlagbauer (CSU)

Schülerlabor Großmarkt München
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Sabine Krieger, Sabine Nallinger, Dr. Florian Roth und Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/ Die Grünen)

Eltern-Kind-Initiativen auch außerhalb des BayKiBiGs zulassen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Bericht über Probleme des Offshore-Windparks Global Tech I
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Die Stadt unterstützt die Initiative „Geklärt, wer fährt!“
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz

80331 München

Antragsteller:
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat
Georg Schlagbauer

ANFRAGE

23.08.2012

Corneliusbrücke – Zustand der Insel

Der Zustand der Insel an der Corneliusbrücke ist, nachdem der letzte Sandstrand dort schon viele Monate her ist, bejammernswert. Die Brüstungen sind mit unschönen Graffiti beschmiert, der Rasen zertreten und die einstmals von Rosensträuchern umrahmte Säule nackt. Auch der sonstige Reinigungszustand lässt zu Wünschen übrig, Abfall liegt auf den Treppen und aus den Ritzen sprießen Pflanzen und Bäumchen, was baldige starke Schäden erwarten lässt.
Es wäre höchste zeit, diesen beschaulichen Ort wieder in einen ordentlichen Zustand zu versetzen.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Warum ist der Pflegezustand der Insel auf der Corneliusbrücke derzeit so schlecht, dass wochenlang Abfall herum liegt und, dass aus den Fugen der Mauern und Treppen Pflanzen und Bäumchen hervorsprießen?
2. Warum wird der Pflanzenbewuchs nicht entfernt, obwohl bekannt ist, dass die Folgeschäden bei der Nichtentfernung aus den Treppen- und Mauerritzen kostenspielige Sanierungen zur Folge hat?
3. Warum werden die Schmierereien an den Balustraden nicht entfernt, nachdem hinlänglich bekannt ist, dass in der Regel die Nichtentfernung von Graffitis weitere Schmierereien zur Folge haben?
4. Bis wann kann damit gerechnet werden, dass die Anlage wieder in einen sauberen und angenehmen Ort verwandelt wird?

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, www.wzim.de
email: kontakt@richardquaas.de, Tel.: dienstlich 210 140-53

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 23.08.2012

Antrag

Schülerlabor Großmarkt München

Das Referat für Gesundheit und Umwelt in Zusammenarbeit mit dem Kommunalreferat und dem Referat für Bildung und Sport prüft, inwieweit ein Schülerlabor bzw. eine Schülerküche in Anlehnung an das Projekt SCOLAB in Hamburg am Münchner Großmarkt im Rahmen der Neukonzeption der Großmarkthalle verwirklicht werden könnte.

Dazu sollte

1. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes der Großmarkthalle der Flächen- und Raumbedarf einer Schülerküche/-labor eruiert und bei den Planungen mitgedacht werden
2. Im Rahmen der Biostadt München vom Referat für Gesundheit und Umwelt in Zusammenarbeit mit dem Referat für Bildung und Sport die Umsetzung einer Schülerküche/-labor mit möglicher Trägerschaft und Finanzierung untersucht werden.Hierbei sollte auch die Bereitschaft, ein „SCOLAB München“ zu unterstützen, von Händler- und Erzeugervereinigungen (z.B. Markthallenbeirat, Bauernmarktverein e.V., „Unser Land“ etc) sowie Verbänden und Vereinen aus dem Bereich gesunde und nachhaltige Ernährung abgefragt werden.

Begründung:
Das Schülerlabor in Hamburg ist eine innovative Lernplattform zum Thema gesunde Ernährung und eine nachhaltige umweltbewusste Lebensführung.
Im Schülerlabor bzw. Schülerküche auf dem Gelände des Großmarktes in Hamburg können von den Schülerinnen und Schülern in einfachen Experimenten z.B. die Inhaltsstoffe von pflanzlichen Lebensmitteln und Lebensmittelzusatzstoffen untersucht und von einer erfahrenen Fachkraft die Hintergründe erklärt sowie Rezepte gleich ausprobiert werden. Der Standort auf dem Gelände des Großmarktes in Hamburg bietet dazu das „authentische“ Umfeld. Die KursteilnehmerInnen können mit einem Gang über den Großmarkt zum einen mehr über Herkunft, Transport und Hintergrund der angebotenen Produkte erfahren und zum anderen gleich die benötigten Zutaten für die Experimente bzw. Rezepte auswählen.
Das Schülerlabor bietet auch Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer sowie auch für interessierte erwachsene Teilnehmer an.
In Hamburg ist SCOLAB ein großer Erfolg. Getragen von einem Verein und zahlreichen Sponsoren, ist es auch weitgehend finanziell unabhängig.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Für München könnte ein ähnliches Modell sehr gewinnbringend sein. Die Finanzierung kann über eine private oder öffentliche Trägerschaft unter Einbeziehung von Sponsoren und verschiedenen Fördertöpfen so gestaltet werden dass sich hierbei für die Stadt München keine bzw. sehr geringe Kosten ergeben.
Der zentrale Standort wäre ideal für die Einrichtung einer Schülerküche, die gerade auch im Rahmen des Projektes „Pädagogisch Kochen für alle Schulen“ für SchülerInnen und LehrerInnen gut erreichbar wäre und den akuten Mangel an einer geeigneten Lehrküche in München entgegenwirken würde.
Hinzu kommt, dass die Nähe zum Großmarkt ebenfalls das authentische Umfeld bietet, um das Thema „gesunde Ernährung“ an Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu vermitteln. Fragen wie „woher kommen unsere Lebensmittel?“, „was steckt in ihnen drin?“, „welcher Transport und Logistikaufwand ist notwendig, damit bei uns frisches Essen auf den Tisch kommt?“ könnten gleich vor Ort anschaulich erklärt bzw. gleich experimentell erfahren werden. Die Küche könnte darüber hinaus auch für Erwachsene Koch- und Experimentier-Kurse, Event-Kochen und ähnliche Veranstaltungen genutzt werden und somit eine sinnvolle Ergänzung für den Großmarkt München sein.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Lydia Dietrich
Gülseren Demirel
Sabine Krieger
Jutta Koller
Dr. Florian Roth
Sabine Nallinger
Paul Bickelbacher
Dr. Florian Vogel
Mitglieder des Stadtrates

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 23.08.2012

Antrag

Eltern – Kind – Initiativen auch außerhalb des BayKiBiGs zulassen

Der Stadtrat möge beschließen:
Das Referat für Bildung und Sport/KITA richtet gemeinsam mit dem Sozialreferat/Selbsthilfebereich einen Finanztopf ein, aus dem Eltern-Kind-Initiativen (EKI) wieder wie früher als rein städtische Selbsthilfegruppen unterstützt werden können.
Die Stadt bemüht sich aber weiterhin darum, so viele Einrichtungen wie möglich ins BayKiBiG zu überführen.
Die erwarteten Mehrausgaben werden aus den Mitteln gedeckt, die für die Förderformel zur Verfügung gestellt, aber bisher nicht benötigt wurden.

Begründung:
EKIs waren von Anfang an Teil der klassischen Selbsthilfe. Sie haben in München nicht nur dem akuten Platzmangel entgegengewirkt, sondern auch der Kindertagesstättenpädagogik mit alternativen Erziehungsformen neue Impulse gegeben. Durch die Einführung des BayKiBiGs ergab sich die Möglichkeit auch für EKIs staatliche Zuschüsse zu erhalten. Es ist daher nach wie vor richtig, so viele Einrichtungen wie möglich zu ins BayKiBiG zu überführen.
Alerdings hat sich einerseits gezeigt, dass für Neugründungen im BayKiBiG und im Rahmen der der Münchner Förderformel sehr hohe Hürden geschaffen wurden, die auf viele Eltern abschreckend wirken. Andererseits ist der Druck zur unbürokratischen und schnellen Schaffung neuer Plätze durch den Anspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige im kommenden Jahr enorm gestiegen. Deshalb ist es sinnvoll, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: durch die städtische Förderung von klassischen Selbsthilfe-EKIs bekommen Eltern einfacher Unterstützung und können so schneller neue Plätze schaffen. Natürlich muss weiterhin versucht werden, bestehende Gruppen ins BayKiBiG zu überführen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Jutta Koller
Sabine Krieger
Dr. Florian Roth
Mitglieder im Stadtrat

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

23.08.2012

Antrag zur Behandlung im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft vom 25.9.2012
Ergänzung zu unserem Antrag Nr. 3587 vom 9.8.2012
Bericht über Probleme des Offshore-Windparks Global Tech I

Dem Stadtrat wird im Zusammenhang mit den Problemen des Offshore-Windparks Global Tech I über die Situation des Initiators Windreich AG und der beiden Mitgesellschafter der Projektgesellschaft „Global Tech I Offshore Wind GmbH“ aus der Windreich-Gruppe (FC Windenergy GmbH und GTU I GmbH) berichtet.
Hierbei soll insbesondere darauf eingegangen werden, welche Konsequenzen sich für die Projektgesellschaft und die Stadtwerke München GmbH ergäben, sollte möglicherweise die Windreich Gruppe insgesamt oder in Teilen – vor allem vor Fertigstellung des Offshore-Parks - insolvent werden.

Begründung:
In einem sehr kritischen Artikel der FAZ (18. August 2012, Nr. 192, Seite 13) wird über finanziellen Probleme der Windreich AG / Gruppe berichtet. Insbesondere wird in diesem Beitrag die nicht unproblematische Bilanzstruktur dargestellt. Es wird dabei erwähnt, dass zwar einerseits die Creditreform das Rating der Windreich AG auf BBB+ gehalten hat, aber andererseits darauf hingewiesen, „dass auf nicht konsolidierter Basis weitere finanzielle Verpflichtungen von rund einer Milliarde Euro bestehen“.
Kritisch werden vom Markt auch die von Windreich begebenen Anleihen (Mittelstandssegment Bond M der Stuttgarter Börse) bewertet,deren Kurse deutlich unter 100 % (Anleihe mit Fälligkeit 2015 liegt der Kurs bei 69,5 % und mit Fälligkeit 2016 sogar bei nur 58% laut FAZ v. 18.8. 2012) liegen.

Der Stadtrat sollte bereits frühzeitig über Risiken und deren Folgen informiert werden. Die Stadtwerke München GmbH sollte zudem dem Stadtrat Möglichkeiten des Gegensteuerns im Falle einer möglichen Insolvenz erläutern.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
23.08.2012

Die Stadt unterstützt die Initiative „Geklärt, wer fährt!“

Ich beantrage:

Die Stadt unterstützt – möglichst ab sofort – die von dem Brauereiunternehmen „Anheuser-Busch InBev“ ins Leben gerufene Initiative „Geklärt wer fährt!“ [Kommasetzung im Original; KR], indem der fleißigste „Botschafter“ zusätzlich zur Prämie des Brauereiunternehmens eine Anerkennung der Stadt erhält. Bei dieser Auszeichnung sollte der ideelle Wert im Vordergrund stehen.

Begründung:

Die von dem genannten Brauereiunternehmen getragene Initiative „Geklärt, wer fährt!“ hat sich zum Ziel gesetzt, in Gaststätten und in privaten Freundes- und Bekanntenkreisen für die Gefahren des Alkohols am Steuer zu sensibilisieren. Zum Ziel der Kampagne heißt es in einer Werbebroschüre: „Mehr Helden des Abends, die die anderen sicher nach Hause bringen, und sinkende Verkehrsunfallzahlen“.

Die Aufklärung wird von „Botschaftern“ geleistet, die im Freundes- und Bekanntenkreis, aber auch in Gaststätten und im Umfeld alkoholträchtiger Lustbarkeiten für die Einhaltung der Null-Promille-Regel werben. Um den erfolgreichsten „Botschafter“ zu ermitteln, gibt es ein internes Punktesystem, das z.B. für die Abhaltung von Workshops Gutschriften vorsieht.

Die Arbeit der Initiative „Geklärt, wer fährt!“ ist außerordentlich verdienstvoll und wird in hohem Maße vom persönlichen Engagement der „Botschafter“ getragen. Wie sehr permanente Aufklärung über die Gefahren von Alkohol am Steuer nottut, machen Zahlen deutlich: allein in und um München kam es im ersten Halbjahr 2012 zu 218 alkoholbedingten Verkehrsunfällen. Dabei kamen 130 Menschen zu Schaden. Die Initiative „Geklärt, wer fährt!“ wendet sich insbesondere an jüngere Verkehrsteilnehmer zwischen 18 und 24 Jahren.

Es stünde der Stadt nicht schlecht an, die Initiative zumindest symbolisch zu

b.w.

unterstützen, indem die jeweils erfolgreichsten Null-Promille-„Botschafter“ nicht nur intern im Rahmen der Initiative, sondern demonstrativ auch von der Landeshauptstadt geehrt werden und eine Belobigung erfahren. Dies kann in Gestalt einer Ehrenurkunde oder einer Einladung zu einem Auszeichnungstermin beim Oberbürgermeister geschehen; die Belobigung sollte in der „Rathaus-Umschau“ Erwähnung finden.

Die Stadt erklärt fortwährend ihre Solidarität mit verschiedensten Initiativen und gesellschaftlichen Gruppen: Muslimen, Migranten, Schwulen, Linksextremisten, gar der Schwulenszene im fernen Kiew. Dieses Engagement erscheint vielen Bürgern in einem durchaus fragwürdigen Licht. Bei der Initiative „Geklärt, wer fährt!“ könnte die Stadt dagegen fraglos sicher sein, auf der richtigen Seite zu stehen und ein in höchstem Maße gemeinnütziges Engagement junger Menschen zu fördern. Die Stadt sollte zeigen, daß ihr auch die Volksgesundheit ein unterstützenswertes Anliegen ist.

Karl Richter
Stadtrat